

Claus Vogt Marktkommentar - Ausgabe vom 12. Februar 2016

Die neue Goldhausse wird Ihnen noch viel Freude bereiten - Einstieg in Gold lohnt sich

- Die aktuelle Lage am Goldmarkt ist genauso bullish wie im Jahr 2001 - Kaufen Sie!
- Ein sinnvoller Wegweiser für den Edelmetallsektor, den Sie kennen sollten
- Mein Gold-Preisbänder-Indikator gibt endlich wieder ein erstes Kaufsignal
- Das ist der Startschuss für eine fulminante Goldhausse
- Was machen eigentlich ... meine Steuergroschen?
- Beihilfen für Beamte: Wenn der Anstieg der Krankheitskosten nicht zu bremsen ist

Warum der Goldpreis steigt

Liebe Leser,

Sie wollen wissen, warum der Goldpreis seit Jahresanfang bereits um 19% gestiegen ist und ob er jetzt noch Potenzial nach oben hat? In unserer kurz vor Weihnachten 2015 erschienenen Themenschwerpunkt-Ausgabe „Teil II der langfristigen Goldhausse steht bevor“ haben Roland Leuschel und ich den Lesern unseres Börsenbriefes Krisensicher Investieren sechs vorausschauend-strategische und 20 marktbezogen-gewinnorientierte Argumente vorgesellt, die allesamt auf einen steigenden Goldpreis schließen lassen.

So viele bullische Argumente gleichzeitig sind fast einmalig. In ihrer Gesamtheit sind sie der Grund für den Goldpreisanstieg der vergangenen Wochen.

Die aktuelle Lage am Goldmarkt ist genauso bullish wie im Jahr 2001 – Kaufen Sie!

Viele Leser fragen mich, ob sich ein Einstieg in Gold jetzt noch lohnt. Aber ja. Denn ein Plus von 19% in wenigen Wochen ist zwar spektakulär. Dennoch handelt es sich dabei lediglich um den Auftakt einer großen Goldhausse, die wahrscheinlich viele Jahre anhalten und Ihnen vor allem mit ausgewählten Goldminenaktien mehrere hundert Prozent Gewinn einbringen wird.

Denn eine solche Fülle bullischer Signale für Gold habe ich zuvor nur ein einziges Mal gesehen. Das war Ende 2000, Anfang 2001 – also unmittelbar vor dem Beginn einer Goldhausse, in deren Verlauf der Goldpreis von 250 \$ auf 1.920 \$ gestiegen ist.

Einige von Ihnen werden sich gerne an diese Zeit erinnern, während andere alles verloren, weil sie an den damals so populären Neuen Markt glaubten. Eine ähnliche Entwicklung wie damals erwarte ich auch jetzt wieder und zwar in beide Richtungen: Gold hoch, Aktienindizes runter. Ebenfalls wie damals rate ich Ihnen auch heute, Gold und Goldminenaktien zu kaufen.

Da klassische Kennzahlen der fundamentalen Aktienanalyse wie das Kurs-Gewinn-Verhältnis für die Beurteilung von Goldminen völlig ungeeignet sind und die Kurse von Goldminenaktien sogar in Haussephasen sehr stark schwanken, tun sich die meisten Anleger mit dieser Anlageklasse sehr schwer. Tatsächlich sollten Sie unbedingt ein Konzept haben, das Ihnen klare taktische Kauf- und Verkaufssignale gibt, damit Sie Ihren Investitionsgrad steuern und ihr Risiko begrenzen können.

Ein sinnvoller Wegweiser für den Edelmetallsektor, den Sie kennen sollten

Mein Gold-Preisbänder-Indikator ist ein solcher Wegweiser für den Edelmetallsektor. Der folgende Chart zeigt Ihnen beispielhaft den Verlauf des Goldpreises von 2008 bis 2011. Die blauen Kreise markieren die taktischen Kaufsignale, die der Indikator in dieser Zeit gegeben hat. In diesen Phasen müssen Sie also kaufen. Bei Erreichen der oberen roten Signallinie müssen Sie hingegen verkaufen. Und in den seltenen Fällen, in denen die obere grüne Signallinie erreicht wird, können Sie sogar auf fallende Kurse spekulieren.

Der einzige rote Kreis in diesem Chart zeigt an, dass der Indikator Ende 2011 ein generelles Warnsignal für den Edelmetallsektor gegeben hat. Ohne in die Details zu gehen und ganz grob gesprochen, ist das immer dann der Fall, wenn die blaue Signallinie fällt. In solchen Phasen rät dieses Modell dazu, die Edelmetallmärkte einfach links liegen zu lassen.

Goldpreis pro Unze in \$, Preisbänder-Indikator, 2008 bis 2011



Die blauen Kreise kennzeichnen Kaufsignale. Der rote aber bedeutet „verkaufen“.

Quelle: StockCharts.com

Mein Gold-Preisbänder-Indikator gibt endlich wieder ein erstes Kaufsignal

Interessanterweise hat mein Preisbänder-Indikator seit 2011 kein einziges Kaufsignal mehr gegeben. Dennoch habe ich nicht zum Verkauf geraten, sondern empfohlen, die sich abzeichnende Korrektur auszusitzen, weil für mich völlig klar ist, dass die unseriöse Geld- und Staatsschuldenpolitik der vergangenen Jahre in einer Katastrophe enden muss, vor deren Folgen Sie sich mit Gold schützen können. Das Risiko, aus rein taktischen Gründen zu verkaufen und dann vielleicht im entscheidenden Moment kein Gold mehr zu besitzen, ist einfach viel zu groß.

Wie auch immer dem sei, jetzt befindet sich mein Gold-Preisbänder-Indikator erstmals nach vier Jahren wieder in einer generell bullischen Konstellation. Ich rechne fest damit, dass er uns in den kommenden Jahren wieder ähnlich hervorragende Dienste leisten wird, wie in den Jahren 2001 bis 2008 und dann wieder von 2009 bis 2011.

Das ist der Startschuss für eine fulminante Goldhauser

Eins steht fest: Die Edelmetallmärkte befinden sich am Beginn einer großen Hauser. Mit Goldminenaktien können Sie in den kommenden Jahren ein Vermögen machen. Mein Gold-Preisbänder-Indikator und die daraus resultierenden Empfehlungen können Ihnen dabei eine wertvolle Hilfe sein. [Ordern Sie deshalb noch heute Krisensicher Investieren. Nutzen Sie diesen sinnvollen Wegweiser und ebnen Sie den Weg für einmalige Gewinne. Jetzt Krisensicher Investieren 30 Tage kostenlos testen.](#)

Ich wünsche Ihnen ein erholsames Wochenende. Bis nächsten Freitag.

Ihr

Claus Vogt

Claus Vogt, Chefredakteur Krisensicher Investieren

P.S.: Ich warne Sie: Die Baisse an den Aktienmärkten hat noch sehr viel Luft nach unten. Ich hoffe, dass Sie meinem Rat gefolgt sind und nicht nur ihre Aktien verkauft, sondern auch auf fallende Kurse gesetzt haben.

[Schützen und mehren Sie Ihr Vermögen und testen Sie noch heute KRIENSICHER INVESTIEREN 30 Tage kostenlos.](#)

Claus Vogt, der ausgewiesene Finanzmarktexperte, ist zusammen mit Roland Leuschel Chefredakteur des kritischen, unabhängigen und konträren Börsenbriefs Krisensicher Investieren.

2004 schrieb er ebenfalls zusammen mit Roland Leuschel das Buch "Das Greenspan Dossier" und die „Inflationsfalle“. Mehr zu Claus Vogt finden Sie [hier](#).

Was machen eigentlich ... meine Steuergroschen?

Beihilfen für Beamte: Wenn der Anstieg der Krankheitskosten nicht zu bremsen ist

Autor: Gotthilf Steuerzahler

Liebe Leserinnen und Leser,

Beamte in Deutschland haben einen Anspruch auf Beihilfe zu ihren Krankheitskosten. Konkret bedeutet dies, dass Bund, Länder und Gemeinden ihren Beamten einen Teil der Arztkosten, Krankenhauskosten, Pflegekosten usw. erstatten. Die Beihilfeausgaben der öffentlichen Hand steigen seit Jahren. Alle halbherzig betriebenen Einsparbemühungen haben an dieser Entwicklung nicht viel ändern können.

Der Anspruch auf Beihilfe ergibt sich aus der Fürsorgepflicht des Dienstherrn gegenüber seinen Beamten und deren Familienangehörigen. Die Beihilfevorschriften des Bundes und der Länder stimmen zwar im Kern überein, unterscheiden sich jedoch in vielen Einzelheiten. In der Regel erhalten aktive Beamte eine Beihilfe von 50 Prozent, Beamte im Ruhestand eine Beihilfe von 70 Prozent. Für den nicht von der Beihilfe abgedeckten Teil ihrer Krankheitskosten müssen sich die Beamten privat versichern.

Da es mehrere Millionen Beamte in Deutschland gibt, stellen die Beihilfeausgaben einen großen Kostenblock in den öffentlichen Haushalten dar. Die Ausgaben für die aktiven Beamten sind in den letzten Jahren nur moderat gestiegen, unter anderem deshalb, weil die öffentlichen Arbeitgeber bestrebt waren, die Anzahl der Staatsdiener zu reduzieren. Die Beihilfeaufwendungen für die Ruhestandsbeamten haben sich dagegen Jahr für Jahr deutlich erhöht; mit einem weiteren Anwachsen ist zu rechnen.

Die Zahl der Beihilfestellen wurde verringert

Bund, Länder und Gemeinden bemühen sich seit langem, den Kostenanstieg im Beihilfebereich zu dämpfen. Ein Ansatz besteht darin, die Kosten im Zusammenhang mit der Festsetzung der Beihilfen zu verringern. Während in früheren Zeiten jede größere Dienststelle die Beihilfeanträge ihrer Beamten selbst bearbeitete, hat inzwischen fast überall eine Konzentration auf wenige Beihilfestellen stattgefunden. Dadurch konnten die Kosten der Bearbeitung deutlich reduziert werden.

In einigen Bundesländern ist es sogar zu einer Bündelung in einer einzigen Behörde gekommen, die jetzt alle Beihilfeanträge bearbeitet. Viele

Kommunen haben Kooperationsvereinbarungen untereinander abgeschlossen, um die Beihilfefestsetzung gemeinsam und zu geringeren Kosten zu erledigen. Allerdings sind die administrativen Kosten des Beihilfesystems gering im Verhältnis zu den Beträgen, mit denen die Leistungen von Ärzten, Apotheken, Krankenhäusern und Altenheimen abgegolten werden.

Die Beihilfestellen wurden leistungsfähiger

Durch die Zusammenfassungen wurden die verbliebenen Beihilfestellen größer und effizienter. Anders als früher konnten sich jetzt die Sachbearbeiter auf bestimmte Fallgruppen spezialisieren. Auch wurde nach und nach eine leistungsfähige IT-Unterstützung eingeführt, so dass die Erledigungszahlen pro Sachbearbeiter weiter gesteigert werden konnten. Da es kein einheitliches Beihilferecht in Deutschland gibt, wurden allerdings mehrere unterschiedliche Software-Lösungen statt eines Programms für alle Behörden entwickelt. Besonders fortschrittliche Beihilfestellen sind inzwischen zum aktenlosen Verfahren übergegangen. Alle Belege werden eingescannt und elektronisch weiterverarbeitet, was eine schnellere Erledigung möglich macht. Dieses Verfahren wird seit längerem von privaten Krankenkassen praktiziert; es hat allerdings Jahre gedauert, bis die ersten Beihilfestellen der öffentlichen Hand diese Vorgehensweise übernommen haben.

Medizinisches Fachpersonal prüft die Rechnungen

Inzwischen wird in einigen Beihilfestellen sogar Personal mit medizinischer Ausbildung eingesetzt. Während sich früher die Beihilfestellen als reine Zahlstellen verstanden, soll das neue Fachpersonal die medizinische Notwendigkeit der in Rechnung gestellten ärztlichen und Krankenhausleistungen intensiv überprüfen. Bekanntlich sind fehlerhafte Abrechnungen im Dschungel des ärztlichen Gebührenrechts, in dem sich nur wenige auskennen, durchaus nicht selten. Es kommt dann häufig zu überhöhten Rechnungen. Nach Erfahrungswerten der privaten Krankenkassen können in den Bereichen ambulante und stationäre Behandlung sowie Arznei- und Verbandsmittel durch den Einsatz von medizinischem Fachpersonal drei bis sieben Prozent der Ausgaben eingespart werden!

Kostendämpfende Maßnahmen zu Lasten der Beamten

Auch an anderen Stellschrauben hat die Politik gedreht, um die Beihilfeausgaben nicht allzu stark ansteigen zu lassen. Der Katalog der beihilfefähigen Leistungen wurde eingeschränkt, beispielsweise wurde die Finanzierung der Wahlleistungen (Chefarztbehandlung, Zweibettzimmer

im Krankenhaus) fast überall gestrichen. Weiterhin wird in einigen Bundesländern pro Arztbesuch ein bestimmter Betrag von den erstattungsfähigen Aufwendungen abgezogen oder es werden die Erstattungen für Arzneimittel in bestimmtem Umfang gekürzt.

In einigen Bundesländern hat der Gesetzgeber eine Kostendämpfungspauschale eingeführt, deren Höhe sich nach der Besoldungsgruppe des betroffenen Beamten richtet. Je nach Besoldungshöhe werden pro Jahr zwischen 150 und 750 Euro als Eigenleistung von der Beihilfe abgezogen. Alle diese Maßnahmen, die in unterschiedlicher Kombination von den einzelnen öffentlichen Dienstherren vorgenommen wurden, sollen natürlich dazu dienen, die Inanspruchnahme von ärztlichen und sonstigen Leistungen zu reduzieren.

Große Kostendynamik im gesamten Gesundheitsbereich

Letztlich konnten die genannten Maßnahmen die Kostensteigerungen im Beihilfebereich nur geringfügig bremsen. Ganz allgemein weist das Gesundheitswesen eine große Kostendynamik auf. Die Ausgaben für diesen Bereich steigen in Deutschland seit Jahren und beanspruchen inzwischen einen Anteil von mehr als elf Prozent des Bruttosozialprodukts. Die Kostendynamik rührt zum einen daher, dass die heutige Medizin immer neue, zum Teil extrem teure Behandlungsmöglichkeiten zur Verfügung stellt, die der Bevölkerung nicht verwehrt werden können. Zum anderen wird der Kostenanstieg dadurch verursacht, dass die Menschen hierzulande immer älter werden und im höheren Alter besonders viele ärztliche und Pflegeleistungen benötigen.

Die Ausgaben für das Gesundheitswesen werden weiter zunehmen

Das Einsparpotential bei der Beihilfe ist weitgehend ausgeschöpft, weitere Einschnitte zulasten der Beamten können an der geschilderten Problematik nur wenig ändern. Wollte man den Kostenanstieg im Gesundheitswesen spürbar verringern, müsste man an die Einkommen der Ärzte und die Gewinnspannen der Pharmaindustrie herangehen und die Kosten der Krankenhäuser radikal senken. All dies ist aber politisch nicht gewollt.

Alle Anzeichen sprechen dafür, dass das Gesundheitswesen in Zukunft einen noch größeren Anteil der volkswirtschaftlichen Ressourcen beanspruchen wird, völlig unabhängig davon, ob die Finanzierung über die Krankenversicherung oder über die Beihilfe erfolgt. Damit, liebe Leserinnen und Leser, werden wir uns abfinden müssen, sagt nachdenklich

Ihr

Gotthilf Steuerzahler

Dieser Text stammt aus dem kostenlosen Newsletter [Claus Vogt Marktkommentar](#).

Claus Vogt, der ausgewiesene Finanzmarktexperte, ist zusammen mit Roland Leuschel Chefredakteur des kritischen, unabhängigen und konträren Börsenbriefs [Krisensicher Investieren](#).

2004 schrieb er ebenfalls zusammen mit Roland Leuschel das Buch "Das Greenspan Dossier" und die „Inflationsfalle“. Mehr zu Claus Vogt finden Sie [hier](#).